

Antrag

**der Abgeordneten Dora Heyenn, Christiane Schneider, Norbert Hackbusch,
Kersten Artus, Elisabeth Baum, Dr. Joachim Bischoff, Wolfgang Joithe-von
Krosigk, Mehmet Yildiz (Fraktion DIE LINKE)**

**Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010
Einzelplan 8.1**

Kapitel 8550

Titel 422.75

Betr.: Personalnotstand bei der Feuerwehr beenden

Die Entwicklung der Metropolregion mit einem Ansteigen des Verkehrs, der Besucherströme und der Zunahme von Großereignissen hat zu einem gegenüber früheren Jahren deutlich höheren Einsatzaufkommen der Feuerwehr Hamburg geführt. Damit hat die Entwicklung der Personalsituation nicht Schritt gehalten, im Gegenteil. So wurde etwa die Rücknahme der 1998 verfügbaren Erhöhung der Arbeitszeit von 48 auf 50 Stunden nicht durch Neueinstellungen ausgeglichen, sodass allein deshalb weit mehr als 100 Feuerwehrbeamte fehlen. Die nun schon lange höchst angespannte Personalsituation hat vielfache Konsequenzen. Auf der einen Seite steigt die Mehrbelastung der Einsatzkräfte mit den Folgen eines gestiegenen und hohen Krankenstandes und steigender Dienstunfähigkeit; diese Situation droht sich weiter zu verschärfen aufgrund des steigenden Altersdurchschnittes. Auf der anderen Seite wurden Funktionen im Einsatzdienst gestrichen, Löschzugstärken reduziert und nicht selten sogar Löschfahrzeuge aus dem Dienst genommen, die Rettungsdienstwagenversorgung ausgedünnt – eine für die Sicherheit der Bevölkerung gefährliche Entwicklung. So hat sich die Erfüllungsquote Eintreffzeit seit 2005 insbesondere für Rettungswagen zum Teil erheblich verschlechtert.

Laut „Abendblatt“ vom 18.10.2008 hält der Leiter der Feuerwehr Klaus Maurer 157 neue Feuerwehrbeamte für notwendig.

Die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge im Bereich Brandschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz ist eine ausreichende, stabile Personalausstattung. Die prekäre Personalsituation geht zulasten der Hamburger Feuerwehrleute und der Hamburger Bevölkerung.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

157 neue Stellen für Feuerwehrbeamte zu schaffen und dazu den Titel 422.75 um jährlich 7,2 Millionen Euro zu erhöhen.

Die Deckung erfolgt durch die Maßnahmen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen im „Strukturprogramm für Hamburg“, vorgelegt von der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft.